

gestellte Auffassung wird sie auf die dezentralisierte Verwaltungsmethode statt auf die Eigenart des zugrundeliegenden kapitalistischen Gesellschaftssystems zurückführen. Es ist eine logische Durchführung der faschistischen Diktatur bis zum letzten Ende, wenn Mussolini jetzt die italienische Gemeindeordnung aufgehoben, an Stelle der gewählten Bürgermeister einen von ihm ernannten Beamten gesetzt und damit der großen historischen Tradition des „Comune Italiano“ ein Ende gemacht hat. Triumphierend berichtet der Faschist Luigi Balli, man habe ein Gefühl der Erleichterung, die „zanksüchtigen, schwächigen Kondentikel“ der Gemeindeversammlungen los zu werden, „wo Demokratie und Klassengeist mit ihrem staatszerstörenden Wirken einsehen könnten und von wo aus sie versteckt oder in offener Ungesetzlichkeit in das Gebiet der Politik, das nur theoretisch dem Staat vorbehalten war, eindringen“. So kann nur sprechen, wer glaubt, die politische Entwicklungslinie erhalte ihre Richtungsbestimmung nicht durch das Gegenspiel der aufeinander einwirkenden gesellschaftlichen Kräfte, sondern durch die diktatorischen Weisungen einer außerhalb und überhalb der Klassen stehenden Einzelperson. In diesem Irrwahn lebte bekanntlich auch Wilhelm II. *)

§ 9. Abgrenzung zwischen ministerieller Zentralverwaltung und örtlicher Exekutive.

Zieht das System der Dezentralisation aber nicht die Auflösung des modernen Staates nach sich, der gerade aus der Ueberwindung der partikularen Sondergewalten hervorgegangen ist? Liegt nicht die Gefahr vor, daß die staatliche Einheit gesprengt und die ministerielle Vollzugsgewalt, die doch nur den Mehrheitswillen des Parlaments repräsentiert, lahmgelegt wird? Besteht nicht die Befürchtung, daß die jeweilig an einem Orte vorherrschenden politischen und sozialen Gruppen die Macht an sich reißen und damit Staaten im Staate bilden? Wir haben 1918 und 1919 die Gefahr solcher Zustände erlebt und haben angesichts unserer durchaus noch nicht gesicherten innen- und außenpolitischen Lage das dringendste Interesse, gegenüber den auseinanderstrebenden Tendenzen die Klammern, die das Mauerwerk unseres Staatsgebäudes zusammenhalten, möglichst stark und widerstandsfähig zu machen.

Zweifelloos liegen hier die Hemmungen, die bei aller theoretischen Anerkennung der Selbstverwaltung unsere Parlamentarier und parlamentarischen Minister in der Praxis immer wieder beim alten bürokratisch-zentralisierten Verwaltungssystem festhalten. Theoretisch wird diese Einstellung ständig durch eine Reihe von Mißverständnissen gerechtfertigt, die zunächst bereinigt werden müssen.

Es ist zunächst selbstverständlich, daß alle Angelegenheiten, die wegen ihrer inneren Natur über den örtlichen und provinziellen Bereich hinausgehen und den ganzen Staat betreffen, auch in der Hand des Staates verbleiben müssen und vom Staat nicht nur gesetzgeberisch geregelt, sondern auch durch eigene Vollzugsorgane verwaltet werden müssen. Es macht hierbei keinen Unterschied, ob diese Angelegenheiten der Wirtschaftsverwaltung angehören wie etwa das Verkehrs- und Wegewesen oder die Gas- und Elektrizitätsversorgung oder ob es sich um die

*) Die beste Kritik einer permanenten Diktatur hat jetzt ein Diktator selbst gegeben. Der Spanier Primo de Rivera hat kürzlich offen ausgesprochen: „Die Diktatur auf Dauer korrumpiert die Machthaber, weil sie ihnen die Wohltat der Kritik entzieht.“ (Vgl. Leitartikel im Abendblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom 12. November 1927.)